

Mödling gemeinsam planen



Podiumsdiskussion der Grünen am 7.5. 1996

Teilnehmer am Podium waren:

Arch. Mag. H. Potyka, bekannter Ortsplaner, verhinderte 1975 den Badstraßendurchbruch
Mag. C. Chorherr, Wiener Stadtrat, Bauunternehmer und Bundessprecher der Grünen
G. Foelsche, engagierte Redakteurin der NÖN mit Mödling - Nahverhältnis
D.I. W. Kirchler, Dorf- und Stadterneuerungsbeauftragter für NÖ-Süd der NÖ Landesregierung
E. Stipsitz, rührige Mödlinger Unternehmerin und Stadtmarketing-"Aktivistin"
Ing. E. Pfeifer, Bau- und Raumordnungsstadtrat in Mödling (Liste Wagner)
 und
Mag. G. Wannemacher, Gemeinderat der Mödlinger Grünen als Moderator

Ca. 50 Mödlinger waren gekommen, darunter zahlreiche Mödlinger Politiker (auch **Bgm. Lowatschek**) sowie Stadtamtsbedienstete und **Arch. Mag. G. Pignal** - der mit der Erarbeitung des Entwicklungskonzeptes beauftragte Ortsplaner.

Die Diskussion verlief wie folgt:

(geringfügig gekürzte Transkription einer Videoaufzeichnung)

Wannemacher: "Anlaß der Diskussion ist die Überarbeitung des örtlichen Raumordnungsprogrammes, Hauptprobleme sind **hohe Baulandnachfrage, hohe Pkw-Dichte**" (Foelsche: 2,8 PKW je Haushalt!), **"Nahversorgungsdefizite**. In Mödling ist 20 Jahre nichts oder wenig passiert. Zielvorstellung ist: Mödling soll Gartenstadt bleiben. Mit der Diskussion wollen wir eine **stärkere Integration der Öffentlichkeit in den Planungsprozeß** initiieren".

Nach der Vorstellung der Teilnehmer stellte er die Eingangsfrage:

Kann Raumordnung Entwicklungsmöglichkeiten beeinflussen?

Potyka sieht die Planungspraxis zwischen den beiden Polen nur reagierender **"Anpassungsplanung"** und aktiver **"gestaltender Planung"**. Anzustreben ist die Gestaltungsplanung, weil nur sie die Entwicklung beeinflussen kann. Er sprach sich vehement **für die Bürgerbeteiligung** aus.

Chorherr: "Planung soll oft nur Unsinn legitimieren, trotzdem lohnt es sich über Planung nachzudenken - auf jeden Fall **mit den Bürgern**." Er verweist auf unkoordinierte, egoistische Planung, "Krieg zwischen Regionen" (Wien, NÖ) und zeigt die SCS als Beispiel einer rücksichtslosen ertragsmaximierenden Planung auf dem Rücken einer ganzen Region mit enormen Problemen für Verkehr und regionalen Einzelhandel auf.

Foelsche: "Eine Befragung der Mödlinger **Fractionen** vor 4 Jahren über die Entwicklung bis 2010 blieb ohne Antworten, offenbar gibt es **kein Interesse an einer langfristigen Befassung**. Ich bin froh, daß die Grünen diese Diskussion jetzt initiiert haben. Offenbar muß die Anregung aus der Bevölkerung kommen, wie sich die Gemeinde entwickeln soll."

Pfeifer verweist auf das Verkehrsberuhigungskonzept 1976: "Die Rumpffußgängerzone wurde damals realisiert sonst nichts. Der Hinweis, daß 20 Jahre in Mödling nichts passiert ist, stimmt grobteils, doch nicht beim (privaten) Bau." (Die folgenden Sätze hatten es in sich) "Mödling muß sich an Gesetze halten, jeder einzelne hat das Recht auf Eigentum, Recht auf Grundbesitz und Nutzung dieses Grundbesitzes. Die derzeitige Einwohnerzahl von derzeit 25.000 kann man nicht einfrieren. Studien zeigen, daß eine **Einwohnerzahl von 30.000 bis 40.000 durchaus möglich** ist (empörtes Raunen im Publikum). Eigentum wegzunehmen ist nicht möglich. Doch jetzt gibt es erste Ansätze mit Bausperre für 17 Flächen, um die grünen Gartenflächen innerhalb der Baublöcke für die Zukunft zu erhalten - hintere Baufluchtlinien werden ausgearbeitet." Abschließend ein provokantes Statement: **"In einigen Jahren haben wir 30.000 Einwohner**. Wie mir gefällt es auch anderen in Mödling sehr gut. Können wir den Leuten verbieten nach Mödling zu kommen?"

Stipsitz: "Die Frage ist - was stört dich, was möchtest du geändert haben, was kannst du dazu beitragen. Raumordnung ist für mich ein Mittel zur Lösung existenter Probleme. Mödling ist eine Stadt mit gewachsener Struktur, was soll das Ziel dieser Stadt sein: Wohnstadt, verkehrsberuhigte Zone, Wirtschaftsstandort?"

Kirchler nennt die Dorf- und Stadterneuerung als Vorbild für eine **Bürgerbeteiligung zu Beginn des Planungsprozesses**. Von Gesetz wegen erfolgt die Bürgerbeteiligung bei Flächenwidmungs- und Bebauungsplanung **nach** dem Planungsprozeß durch Benachrichtigung der Bevölkerung und Auflage des Planes im Gemeindeamt. Dies ist zu spät und kostet durch die Einsprüche der Öffentlichkeit Zeit. Die Form der Bürgerbeteiligung wird in jeder Stadt anders sein.

Auf die Frage von Wannemacher

"wie soll Bürgerbeteiligung aussehen?"

antwortet

Chorherr: "Als Beteiligungsinstrumentierung ist ein strukturierter Fragebogen geeignet, um die Probleme und Defizite aus der Sicht der Bürger zu erkennen."

Dann ist das **Publikum** nicht mehr "zu halten", viele Anliegen betreffend Bürgerbeteiligung und Verkehrsplanung werden angesprochen:

Warum überläßt man Bürgerbeteiligung bei der Frage der **bahnbegleitenden Straße** einer Zeitung? Warum gab dazu die Gemeinde auf Anfrage des Landes keine deutliche Stellungnahme zur Straße ab? Warum schlug der Gemeinderat das Angebot des Landes, **Stadterneuerung** in Mödling zu fördern, aus? Warum wird das **Parkproblem** rund um die **HTL** völlig ignoriert? Warum wird auf das **Verkehrsproblem** in der **Klimabündnis**gemeinde Mödling nicht reagiert - etwa durch intensiven **Radwegebau**.

Pfeifer antwortet darauf lediglich, daß das Radwegbudget von 1 auf 2 Mio. öS. erhöht worden ist.

Lowatschek meldet sich zu Wort, um zu besänftigen: Er begrüßt die "Initiative eines Mitgliedes des Mödliner Gemeinderates" und bekennt, daß er in den letzten 21 Jahren, davon 10 als Bürgermeister mitverantwortlich ist "für die Sachen die nicht geschehen sind, aber auch für solche, die im positiven Sinn geschehen sind. Das oberste Ziel ist, **Mödling als liebenswerte Kleinstadt** zu erhalten." Er verweist auf Studien die besagen, daß der **Verkehr** heute wie früher hausgemacht ist und urgiert den maßvollen Gebrauch des eigenen PKW. Zur **Bürgerbeteiligung** fällt ihm vorerst nur ein, daß **meist nichts herausgekommen** ist.

Potyka antwortet, daß Bürgerbeteiligung das Problembewußtsein öffnet. Ergänzend führt er an, daß die Repräsentativität bei geringer Beteiligung nicht gegeben ist.

Potyka widerspricht weiters Stadtrat Pfeifer vehement: Raum- und Bauordnungsgesetze lassen den Gemeinden einen **großen Spielraum** und nicht jeder hat das Recht auf Nutzung. Das Recht ein Haus zu bauen wird in Österreich durch Bescheid verliehen, im wesentlichen nur dann, wenn im Flächenwidmungplan Bauland ausgewiesen ist. Er verweist auf das Problem der gehorteten Baugrundstücke und die nun neuen Möglichkeiten durch die Novelle 1995 des NÖ Raumordnungsgesetzes, hier lenkend einzugreifen. Er schließt mit den Worten "**Wenn man gestaltend planen will, kann man es.**"

Kirchler antwortet Chorherr und Potyka: "Das **persönliche Gespräch** sei eine bessere Form der Bürgerbeteiligung als der Fragebogen und Repräsentativität ist immer ein Problem."

Chorherr: "Bürgerbeteiligung ist nicht so kompliziert, wenn es politisch gewollt wird."

Die 1. Frage ist die nach Prioritäten, Die Konsequenzen sind dann klare Antworten. **Ein großes Bedürfnis nach Bürgerbeteiligung sehe ich seitens der Politiker nicht.**"

Lowatschek meldet sich aus dem Publikum: "Alle politischen Gruppierungen wollen Bürgerbeteiligung. Schwierig ist nur die Form. Immer sind Gruppierungen dafür und dagegen - es gibt kein eindeutiges Votum. Der **Großteil der Bürger** ist ohnehin **desinteressiert.**"

Brüger (Ex-Baustadtrat der ÖVP) meldet sich: "Ich war 5 Jahre Baureferent und bin ein großer Freund der Bürgerbeteiligung. Doch es gibt soviel Streiterei, ich hab nie gewußt was ich tun soll....."

Aus dem **Publikum** melden sich weitere Stimmen: "Mehrheiten zu bekommen, hängt von der Fragestellung ab; die Bürger wollen mitreden, der Modus sollte sein: nicht Überfordern, Vorbereiten, Alternativen nennen. Bis zu welchem Ausmaß soll sich Mödling entwickeln? Gibt es Visionen für die nächsten 5-10 Jahre? Grätzplanung wäre geeignete Plattform für Bürgerbeteiligung, da die Bürger die Probleme in den Vierteln kennen - die Ortsplanung konzentriert sich in Mödling immer nur auf den Bereich Hauptstraße bis Bahnhof!" Mödling als Gartenstadt wird bereits in Frage gestellt, angesichts des Verkehrs und der (Industrie-)Bautätigkeit. Eine kritische Stimme meldet sich wiederholt und meint, daß die Bürgerbeteiligung auf den Aktivitäten weniger Interessierter beruhe.

Foelsche erwähnt das **Planzellenmodell** von Prof. Diemel als mögliche Form der Bürgerbeteiligung. (Einzelne Bürger werden geschult und nehmen als bezahlte Berater an der Planung teil - ein Beispiel dafür ist Köln.)

Burg (Altbürgermeister der SPÖ) meldet sich aus dem Publikum: "Bin ein Befürworter, die Meinung der Bürger herauszuhören. Doch die Leute kommen nur dann, wenn sie ein unmittelbares Problem betrifft. Bei aller Bürgerbeteiligung **müssen die Politiker die Entscheidungskraft haben.** Der Egoismus ist - vor allem bei der Baugesinnung - grenzenlos. Rechtliche Maßnahmen v.a. bei Verkehr und Bau sind notwendig (Applaus!)"

Stipsits "Wir müssen vom Ich zum Wir kommen und die Zukunft aller im Auge haben."

Eine weiterer **Publikumsbeitrag** von einer professionell mit Bürgerbeteiligung befaßten Fachfrau: "Es kommt darauf an, wie die Bürgerbeteiligung als Methode gesehen wird. **Eine Bürgerversammlung ist noch keine Bürgerbeteiligung.** Sie müßte den kompletten Planungsprozeß begleiten. Wesentlich für die Akzeptanz ist eine geeignete Mediation und das Erarbeiten der Inhalte in Arbeitskreisen gemeinsam mit der Bevölkerung."

Lowatschek: "Alle sind sich einig, daß Bürgerbeteiligung notwendig ist, wenn auch sehr schwierig. Unsere Grünen sind ja sehr vernünftig und wir ziehen alle an einem Strang... Die Gefahr in Mödling ist, daß die letzten Grünflächen verbaut werden. Stadtrat Pfeifer hat ja nur ein Horrorszenario gezeichnet. In Mödling haben wir ein Gremium mit allen politischen Parteien um gemeinsam mit dem Architekten Maßnahmen zu setzen". Abschließend folgt ein klares Wort: "**Es sind Maßnahmen zu setzen, die den Erhalt der Gartenstadt Mödling sicherstellen. Die Einwohnerzahl von heute darf nicht mehr überschritten werden.**" (Applaus!)"

Wannenmacher antwortet auf Publikumsanfragen: "Die Haltung der Grünen zur **bahnbegleitenden Straße** ist, daß es im derzeitigen Planungsstadium weder ein Ja noch ein Nein geben kann. **Auszuschließen ist** jedoch ein Ja für eine **Durchzugsstraße.**"

Er sucht mit einer weiteren Frage für die Abschlußrunde konkretere Antworten:

"Wie soll Bürgerbeteiligung angegangen werden?"

Potyka empfiehlt Lowatschek den **Planungsausschuß aus Politikern um weitere Personen zu ergänzen.** (Applaus!) Vor allem die laufende Information der Bürger ist wichtig - das kostet zwar Vorbereitungszeit, erspart jedoch nachher Zeit bei Einsprüchen. Bürgerbeteiligung kann nur zur

Entscheidungsfindung beitragen. **Entscheiden muß der Politiker** - auch im Sinn von Minderheiten. Wichtig ist sicher eine Zielgröße bezüglich der Einwohnerzahl. Zur Straße meint er - **jede Straße zieht neuen Verkehr an**, deshalb ist er prinzipiell dagegen.

Der Zwischenbemerkung aus dem Publikum, daß auch Parkhäuser beim Bahnhof Verkehr anziehen, muß er bedingt recht geben, allerdings meint er, daß dadurch auch (anderswo) Pkw-Verkehr eingespart wird.

Chorherr meldet sich zu Wort: "Bürgerbeteiligung liefert neue Informationen, neue Hinweise aus der Öffentlichkeit. Man muß horchen, was rennt, sonst gibt es irren Zoff. Wenn nicht alle Bürger beim Entscheidungsprozess teilnehmen - das ist Politik. Jene die mitgestalten wollen, haben eine Stimme. Auch wenn deren Zahl klein ist, darf man sie nicht ignorieren. **Nicht die Politiker haben Entscheidungen zu verantworten - die Bürger haben sie auszubaden, darum sind sie einzubeziehen.**"

Kirchler freut sich, daß alle Bürgerbeteiligung haben wollen und wundert sich gleichzeitig, warum es sie dann noch nicht gibt! Der erste Schritt wäre, daß alle bisher erarbeiteten Grundlagen der Interessensgruppen in den Planungsausschuß einzubringen sind.

Ortsplaner **Pigal** meldet sich zu Wort: "Ich sehe die Arbeit sehr positiv, von meinen bisher 80 Gemeinden ist dies die erste, wo ein Planungsausschuß existiert - ohne politische Agitation. Die Planung soll in Mödling passieren - ich habe hier ein **Büro in Stadtmitt**e gemietet. Ich möchte **Sprechstunden** einführen, wo jeder zu mir kommen soll - ohne Politiker". Pigal empfiehlt ebenfalls, Potykas Anregung aufzugreifen und Außenstehende in den Planungsbeirat einzuladen.

Pfeifer (- nachdenklich - antwortet offenbar auf frühere Statements von Potyka und Lowatschek): "Die Einwohnerzahl ist nur ein Schlüssel für die Zukunft. Die Einwohnerzahl auf 25.000 einzufrieren ist sehr, sehr schwierig - jeder will auf dem eigenen Baugrund doch 'was bau'n, jeder Einwohner bringt 1/2 bis 1 Auto mit....."

Wannenmacher beschließt die Runde: "Es war wichtig, die Fragen anzusprechen, vielleicht als Weichenstellung für die Entwicklung der Stadt. Wichtig ist, daß wir über das Rathaus hinaus kommen und die Fragen diskutieren. Vieles ist genannt worden - die **Nahversorgung** nicht - ein Thema, das wir uns für die Zukunft vornehmen müssen.

Resumée:

- **für die Bürgerbeteiligung**; abgesehen von der Empfehlung der Erweiterung des Planungsausschusses gibt es **keine Klarheit über die Form des Bürgereinbezugs**.
- für den Erhalt der **Gartenstadt Mödling**,
- für das **Einfrieren der Bevölkerungszahl** im Hinblick auf Bebauungsdichte und Verkehr
- für das Angehen von **konkreten Lösungen für die Verkehrsmisere** (Publikum).
- für die Nahversorgung (von Seiten Wannenmacher)
- Zwei Punkte der Tagesordnung verdienen Interesse:

Generalsanierung des Hallenbades

Die Fakten vorneweg:

Das Hallenbad ist total desolat (weil 68 Jahre alt und weil in den vergangenen Jahren nichts investiert wurde);

Es liegt ein Umbaukonzept des Arch. Straitz vor (Planungsauftrag freihändig...), das u.a. beinhaltet:

- 25m-Sportbecken
- Öffnung der Kuppel und damit mehr Licht im Bad
- Sichtverbindung vom Schwimmbecken zum Freibad
- neue Sauna
- Massagebecken
- Mutter-Kind-Bereich und
- vollkommen neue Energietechnik.
- Kosten (Plan): rd. 80 Millionen.

Die Arbeiten wurden bereits ausgeschrieben (nicht offen!) und die Bestbieter ermittelt.

Anmerkung: ab 70 Millionen muß lt. EU-Recht international und offen ausgeschrieben werden - hätte werden müssen! Wenn ein nicht berücksichtigter Bieter klagt, wird die ganze Ausschreibung aufgehoben und muß den Bietern Schadenersatz geleistet werden. (Kommentar: total unprofessionell und provinziell. Die EU ist offenbar dann gefragt, wenn es um Sonntagsreden und Förderungen geht. Und auch der "freie Markt" wird von der heimischen Wirtschaft bis zum Erbrechen beschworen; wenn's aber um die Regeln dieses freien Markts geht, die u.U. bedeuten, daß Aufträge nicht mehr wie bisher - nämlich "unbürokratisch" - vergeben werden, dann ist von der EU keine Rede mehr!).

Finanziert soll das Projekt werden durch:

- Verkauf von Grundstücken (Brauho! + Grundstück der Stadt am Eichkogel) = 18 Mio
- Förderungen = 13,5 Mio
- Geförderte Darlehen = 38 Mio
- Freie Darlehen = 15,5 Mio.

Es könnte sich also ausgehen.

Das Problem dabei: die Stadt ist absolut am Rand ihrer finanziellen Möglichkeiten! (Höchste Pro-Kopf-Verschuldung unter allen vergleichbaren Städten in Österreich). Dafür sind die Finanzstadträte der vergangenen Jahre verantwortlich - aber soll (mit einer Ablehnung wegen der finanziellen Situation) dafür das Bad büßen???

Zusatz-Anträge der GRÜNEN bei der Entscheidung im Gemeinderat:

1. Endlich korrekte **Vergaberichtlinien** - wenigsten für die Zukunft (abgelehnt, weil das kein Zusatz

zum Thema "Bad" ist)

2. **Keine** Verwendung von **PVC-Fenstern**, wie im Plan vorgesehen (angenommen!)
3. Zum **Grundstücksverkauf: öffentliche Ausschreibung** und Verkauf an Meistbietenden (für das Grundstück angenommen, für Brauhaus abgelehnt)
4. Einrichtung einer **"begleitenden Kontrolle"** beim Bau (angenommen).

Letztlich hat das Bad die GRÜNE Stimme bekommen - trotz der bedenklichen Rahmenbedingungen: aber doch ein Votum für die Infrastruktur in Mödling.

Bahnbegleitende Straße

Klar ist: Straßen machen Verkehr!

Und: keine Investitionen für den Autoverkehr!

Dennoch - für uns ist unter bestimmten Umständen die bahnbegleitende Straße diskutabel, und zwar, weil und nur wenn es eine Chance ist, das Stadtzentrum vom Verkehr freizubekommen. Diese Umstände sind:

- keine Durchzugsstraße!
- nur, wenn eindeutig klar ist, daß an anderen Stellen der Stadt Verkehr tatsächlich reduziert wird!

Ansonsten ist dieses Projekt strikt abzulehnen.

Im übrigen muß die Frage im Rahmen eines Gesamt-Verkehrskonzepts gestellt werden und nicht - wie am 3.5. im Gemeinderat - isoliert. Dabei sollte dann auch geprüft werden, ob es nicht machbar ist, den Durchzugsverkehr aus Mödling gänzlich zu verbannen und ihn direkt nach Osten zur B17 abzuleiten. (Es bleibt dann nur die Frage: wohin mit den Bussen, die jetzt über den Freiheitsplatz fahren?)

Entscheidung des GRÜNEN im Gemeinderat:

Gegen eine Festlegung ohne vorherige Berücksichtigung der gesamten Verkehrssituation. Und das Ergebnis war dann auch so (keine Festlegung).

Gerhard Wannemacher

Grüner Stammtisch in Mödling

am Donnerstag, 13. Juni 1996
um 19³⁰ Uhr im Mautwirthaus,
Elisabethstraße 22



Gespräch mit dem GRÜNEN Sozialpolitiker **Robert Reischer** über **Themen der Arbeits- und Lebenswelt:**

- **Existenzsicherung**
- **Recht auf Arbeit**
- **Mindestlohn**
- **Mitbestimmung**
- **Wertewandel**
- **Grundeinkommen**

Interview mit Christof Chorherr, Bundessprecher der GRÜNEN



Welche politischen Zeichen wollen Sie als neuer Bundessprecher setzen?

Ich spüre die Energie, eine wirklich große Aufgabe anzugehen und die GRÜNEN wieder ins politische Zentrum zu führen. Wir müssen die Ökologisierung des Wirtschaftssystems sowie eine moderne Verteilungs- und Sozialpolitik zu zentralen Themen der Innenpolitik machen.

Die Medien legen Ihnen mit ihrer Erwartungshaltung eine sehr hohe Latte.

Die Latte ist berechtigt hoch: Es gibt keine andere Innovations- und Reformkraft in Österreich. Das Medienecho einer 4,8%-Partei zeigt, daß es einen gesellschaftlichen Bedarf an einer starken GRÜNEN Partei gibt, die auf Reformen drängt und nicht auf Tages-Schickimicki.

Sie prägen das Bild der GRÜNEN als Orchester, in dem starke Solisten spielen, die sich nicht über den Takt und das Stück einigen können. Klaffen gewisse Positionen nicht zu weit auseinander?

Den breiten Entwurf für das Stück und die Rollenverteilung haben wir in den letzten Monaten geleistet. Ein Arbeitskreis hat am Bundeskongreß GRÜNE Positionen zu sieben wesentlichen Bereichen und einen Konsens über die Instrumente der Umwelt- und Sozialpolitik vorgelegt. In 80% der Themen herrschte breiter Konsens darüber, wofür wir stehen und was wir wollen. Wir wollen Ökologie zu dem Wirtschaftsprinzip machen. Das reicht von der Ökosteuerreform über das Umwelthaftungsrecht bis zu Naturschutz, Raumordnung und Wohnbauförderung. Eine Partei, die Hunderttausende WählerInnen ansprechen möchte, gibt sich einer Illusion hin, bis auf Punkt und Beistrich in alle Ewigkeit alles festzumeißeln. Wir sollen den Mut haben, offene Fragen auch kontrovers zu diskutieren.

Obwohl sich die GRÜNEN in den letzten Jahren bemühten, das Image "die GRÜNEN streiten" abzustreifen, fordern Sie Ihre ParteifreundInnen zum öffentlichen Diskurs auf?

Die Nachkriegszeit ist zu Ende, und es ist unklar, wohin das Projekt Europa wirtschaftlich und politisch

geht. Der Zerfall der Sowjetunion ist noch nicht einmal in seiner Konsequenz begriffen worden. Viele Fragen sind offen und wir können wesentliche Weichenstellungen vornehmen. Zu einer offenen Demokratie zählt die Kontroverse und nicht die Grabesruhe, denn hinter letzterer verbergen sich nur hinterhältige Messerstecher. Das müssen wir noch lernen - da sind auch die Grünen leider ganz Österreicher - daß es nicht immer einfach ist, die Kontroverse zu führen, ohne das als persönliche Beleidigung zu empfinden.

Sie haben in einem Interview den Begriff "theoriefrei" benützt. Ist das nicht geradezu Wasser auf die Mühlen Ihrer parteiinternen KritikerInnen?

Ich halte mich nicht für theoriefrei. Gerade zu den Themen Nachhaltigkeit und Markt, Demokratie, Stadtentwicklung, moderne Menschenrechte ist theoretische Reflexion notwendig. Der Begriff "undogmatisch" ist exakter. Nur weil einmal etwas als richtig erkannt wurde, heißt es nicht, daß man das nicht immer wieder auf der Höhe der Zeit in Frage stellen muß. Wir müssen diskutieren, ob Gewaltfreiheit einen radikalen Pazifismus meint, wenn vor der Hasustür ein Genozid stattfindet. Da ist die Antwort nicht einfach. Es ist eine Aufgabe der GRÜNEN, radikale, grundsätzliche Visionen zu haben und sie pragmatisch in die Tagespolitik zu übersetzen.

Sie fordern das Liberale Forum zum politischen Duell. Was haben die Grünen bisher versäumt?

Es gibt eine Reihe fundamentaler Unterschiede, die unseren Wählern und Wählerinnen nicht bewußt sind. Unser Fehler war es, den Windschatten für das Liberale Forum zu bilden, anstatt die Unterschiede herauszuarbeiten. In der Wohnungspolitik muß man den sozialpolitisch Engagierten sagen, daß das Liberale Forum auf Markt-total setzt, die Mieten freigibt und Gemeindewohnungen verkauft. Die Folgen kann man sich in vielen Weltstädten ansehen. Sie führen zu einem dramatischen Anstieg der Obdachlosigkeit und berauben ein Drittel der Menschen der Möglichkeit, günstigen Wohnraum zu bekommen. Man muß den Leuten sagen, daß das LIF in der Steiermark für die ennsnahe Trasse eintritt und in Niederösterreich gegen den Nationalpark Donauauen gestimmt hat. Das LIF ist ein politischer Faktor, das haben wir bis heute verschlafen. Ich werde diese Auseinandersetzung gerne führen - neben der Auseinandersetzung mit der Stagnationsregierung.